

# Schwarzwälder Tageszeitung

## „Aus den Tannen“



Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei geschl. Eintreib. od. Konturufen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. **Wiedrigster Preis:** Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Restzeile 45 Pfg. **Seignepreis:** Monatl. durch Post 1.56 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge bösh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Wiederlieferung der Zeitung / Vorkasse-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 8

Altensteig, Mittwoch den 11. Januar 1933

56. Jahrgang

### Jugendwerk und freiwilliger Arbeitsdienst

Rede des Reichsarbeitsministers in Bielefeld

In einer Rede im westfälisch-lippischen Wirtschaftsband in Bielefeld zeichnete der Reichsarbeitsminister Syrup die allgemeine Lage auf dem Arbeitsmarkt, die ausschlaggebend bestimmt wird von der Tatsache, daß im Deutschen Reich 6 Millionen arbeitsfähiger und arbeitswilliger Menschen aus dem Arbeitsprozeß ausgeschlossen sind, die mit Frauen und Kindern zusammen annähernd ein Fünftel der Gesamtbevölkerung ausmachen. Wirkliche Hilfe gegen die Arbeitslosigkeit könne nur aus der natürlichen Gestaltung der Gesamtwirtschaft kommen. Deutsche Zeichen eines Abchlusses der Deflation mehrten sich. An diesem Gesamtbilde ändere auch das unvermeidliche Anwachsen der Arbeitslosigkeit während des Winters nichts. Entscheidend sei nur das Maß des Zuwachses. Die beiden Wochen vor dem Jahresende hätten in früheren Jahren sehr große Zunahmen gebracht. 1930 400 000 1931 320 000 Köpfe. Der Redner erwarte, daß der Auslauf des Jahres 1932 nur etwa die Hälfte dieser Zunahme bringen werde. Man dürfe also hoffen, daß das Jahr 1933 endlich den erlöschten Aufstieg bringen werde. Aber dieser Aufstieg werde nur Schritt für Schritt errungen werden.

Die vollwertigste Aufgabe des freiwilligen Arbeitsdienstes liege im wesentlichen bei der arbeitsdienstwilligen Jugend selbst. Er müsse trotz seiner äußeren zahlenmäßigen Erfolge innerlich noch geraume Zeit um seine beste Form und sinnvolle Gestaltung ringen. Die Reichsregierung sei von der Notwendigkeit zu fester Überzeugung, und geeignete Arbeitsdienstmöglichkeiten auch die gebührende Berücksichtigung finden. Siedlungsmöglichkeiten werden aber nur in begrenztem Umlange Hilfe schaffen können. Dagegen sei das Bestreben der Arbeitsdienstmöglichen besonders beachtenswert, die Dienstkameradschaft auch nach Beendigung des Arbeitsdienstes in der Form der Selbsthilfe und der Kameradschaft fortzuführen.

Aus dem Gedanken der Selbsthilfe sei das Notwert der deutschen Jugend entstanden, zu dem der Reichspräsident und die Reichsregierung aufgerufen haben. Das Notwert solle die öffentlichen und die freie Hilfsarbeit für die arbeitslose Jugend zusammenfassen und durch Reichsmittel fördern. Die für diesen Winter vom Reich bereitgestellten Mittel genügen, um 500 000 junge Leute in der gedachten Weise laufend zu unterstützen.

### Adolf Hitler in Berlin

Berlin, 10. Jan. Adolf Hitler hat sich, dem Antritt zufolge, unter kurzer Unterbrechung seiner Tätigkeit im lippischen Wahlkampf vorübergehend nach Berlin begeben. Er ist Dienstag früh hier mit seiner künftigen Umgebung und in Begleitung von Dr. Goebbels einetroffen. Der Zweck des nur kurz demissionierten Aufenthaltes ist, wie das Blatt berichtet, eine Besprechung mit Reichstagspräsident Göring, der soeben von einer Reise nach Schweden zurückkehrt ist.

### Näsefratzen am Hitters Berliner Reise

Berlin, 10. Januar. In politischen Kreisen hat die plötzliche Reise Hitlers nach Berlin einiges Aufsehen erregt. Es mußte auffallen, daß der Führer der NSDAP, seine Propaganda-Tätigkeit im lippischen Wahlkampf unterbrach, um, wie der „Angriff“ erklärte, in Berlin eine Besprechung mit dem Reichstagspräsidenten Göring zu haben, obgleich der Reichstagspräsident erst am 20. Januar wieder zurückkehrt, für irgendwelche Erörterungen über die parlamentarische Taktik also an sich Zeit gewesen wäre, auch nach den lippischen Wahlen.

Gerüchte wollten heute abend von einer Zusammenkunft zwischen Hitler und dem Reichstagspräsidenten wissen.

In unterrichteten Kreisen, die der Regierung nahe stehen, wird aber mit Bestimmtheit erklärt, daß eine solche Zusammenkunft nicht stattgefunden hat und ebenso wird eine Zuhilfenahme durch Mittelsmänner deministriert. Es wird hinzugefügt, daß, wenn Hitler um eine Unterredung nachsuchen würde, der Reichstagspräsident natürlich bereit wäre, ihn zu empfangen. Da Hitler aber am morgigen Mittwoch wieder von Berlin abreisen will, wird mit einer Zusammenkunft auch nicht gerechnet. Ebenfalls kommt eine Besprechung mit Geheimrat Hugenberg nicht in Frage, da dieser gar nicht in Berlin anwesend ist. Unter diesen Umständen nimmt man an, daß der Berliner Aufenthalt des nationalsozialistischen Führers Geheimnissen dient, die mit den internen Parteiverhältnissen zusammenhängen. Es hat deshalb auch keinen Zweck, ein großes Draufspiel mitzumachen, das der Reise in der Öffentlichkeit sicher folgen wird. Ueberhaupt ist man in ernsthaften politischen Kreisen der Auffassung, daß von den Gesprächen, die in der letzten Zeit zwischen einzelnen Persönlichkeiten stattgefunden haben, ein Aufhebens gemacht wird, das weit über den tatsächlichen Wert hinaus geht, der ihnen zukommt.

### Arbeiterführer beim Reichstagspräsidenten

Berlin, 10. Jan. Reichstagspräsident v. Schleicher empfing am Montag die Vertreter der christlichen Gewerkschaften Schmitt, Schimmer und Kaiser zur Erörterung der wirtschaftspolitischen Lage der rheinischen Metallindustrie, insbesondere auch der Metallindustrie des bergischen Landes. In diese Erörterung schloß sich eine eingehende Aussprache der wirtschaftlichen und politischen Gesamtlage.

## Der Finanzminister vor dem Haushaltsausschuß

Ein Fehlbetrag von ca. 2000 Millionen Ende 1932

Im Haushaltsausschuß des Reichstages nahm Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk zu längeren Ausführungen das Wort. Das Rechnungsjahr 1930 hat bekanntlich, so sagte der Minister u. a., mit einem Fehlbetrag von 1100 Millionen RM. abgeschlossen. In den Haushalt 1931 waren 120 Millionen RM. zur teilweisen Abdeckung dieses Fehlbetrages eingestellt worden. Das Rechnungsjahr 1931 hat mit einem Gesamtfehlbetrag von 1600 Millionen RM. abgeschlossen. Diese setzten sich zusammen aus dem Fehlbetrag aus dem Jahre 1930 in Höhe von 770 Millionen RM., der sich dadurch erklärte, daß von dem eigentlichen Fehlbetrag von 1100 Millionen RM. im Jahre 1931 420 Millionen RM. gestiftet worden waren, dem Defizit des Extraordinarius in Höhe von 470 Millionen RM. und dem eigentlichen Defizit des Ordinariums des Jahres 1930 in Höhe von 450 Millionen RM. Das eigentliche Defizit des Jahres 1931 in Höhe von 450 Millionen RM. setzt sich aus einem Zurückbleiben der Einnahmen in Höhe von 116 Millionen RM. und aus Mehrausgaben in Höhe von 334 Millionen RM. zusammen. Die Steuermindereinnahmen des Jahres 1931 betragen gegenüber dem Etatansatz von 382 Millionen RM. Wenn sie trotzdem nur als Mindereinnahme von 116 Millionen RM. erscheinen, so erklärt sich das durch ein Mehrkommen insbesondere aus der Münzprägung, die im Etat nicht vorgesehen war. Aus dem Jahre 1931 ist ein Rettoreffekt von 158 Millionen in das Jahr 1932 übernommen worden.

Uebersichtungen sind im Jahre 1931 im Gesamtbetrag von 404 Millionen RM. eingetreten, die sich durch die Wirtschafts-entwicklung im Jahre 1931 erklären, insbesondere seit der Juli-Krise. In diesen 404 Millionen RM. sind enthalten 26 Millionen zur Verbilligung von Frischfleisch, 52 Millionen für Siedlungszwecke, 57 Millionen für die Münzprägung, denen aber ein entsprechend hoher Einnahmeposten gegenübersteht, 90 Millionen zum Erwerb von Vorzugsaktien der Dresdener Bank, 23 Millionen Beteiligung an der Norddeutschen Kreditbank und Akzeptbank, 85 Millionen Kassenkredite an notleidende Länder, 20 Millionen Zuschüsse zur Rationalisierung gewerblicher Genossenschaften, und 36 Millionen für die landwirtschaftliche Umschuldung in Ostpreußen.

Für 1932 war ein Steuereinkommen von 7,464 Milliarden RM. veranschlagt. Im ganzen gesehen, wird man mit einem Mindereinkommen von rund 800 Millionen bei Steuern und Zöllen rechnen müssen, in das sich Reich und Länder teilen, so daß wir insgesamt Ende des Rechnungsjahres 1932 einen Fehlbetrag von 2070 Millionen RM. haben werden. Wenn man sich überlegt, daß in diesem Fehlbetrag die 470 Millionen RM. Extraordinarium sind, die wir aus früheren Jahren mitgeschleppt haben, so ergibt sich, daß wir in Wirklichkeit im ordentlichen Haushalt einen Fehlbetrag von 1,5 Milliarden RM. haben, die tatsächlich den Fehlbetrag aus den Krisenjahren 1930 bis 1932 darstellen. Das ist ein finanzielles Ergebnis, das in Anbetracht der durchgeführten schweren Krise erträglich erscheint. Die Schwere des Fehlbetrages liegt darin, daß wir weniger als andere Länder in der Lage sind, lastenmäßig die Deckung dafür bald zu bringen. Wenn man auf der anderen Seite sieht, daß Amerika das Etatsjahr 1931/32 mit einem Fehlbetrag von 2,9 Milliarden Dollar, also über 10 Milliarden RM., abgeschlossen hat und auch Frankreich sich mit einem Defizit plagt, das 26 Milliarden Francs in diesem Jahre beträgt, so ergibt sich immerhin, daß unser Fehlbetrag bei aller Schwere, die er lastenmäßig und etatsmäßig bedeutet, an der Schwere der Krise dieser drei Jahre gemessen, ein Ergebnis darstellt, das nicht allzu glücklich ist. Infolge von Dispositionen, die wir rechtzeitig getroffen haben, haben wir im Reich nennenswerte Kassen-schwierigkeiten in den letzten Monaten nicht gehabt. Wir sind auch über den besonders schwierigen Dezember-Ultimo glatt hinweggekommen und haben die rund 400 Millionen, die infolge der Auslösung der Anleihe-ablösungsschuld zu zahlen waren, glatt zahlen können. Tatsächlich hat sich auch in den bisherigen monatlichen Ausweisen das Defizit nicht ausgedrückt und die Einnahmen sind danach bisher mit den Ausgaben durchaus im Gleichgewicht gewesen. Daß sich das Defizit erst in den letzten Monaten auswirkt, liegt daran, daß eine große Reihe von Ausgaben während des ganzen Jahres nach Möglichkeit hinausgeschoben wurde und nun das letzte Vierteljahr besonders stark belastet, und dann daran, daß naturgemäß die Ausgaben für Arbeitslosenfürsorge und die Wohlfahrtskassen das Winterhalbjahr viel härter belasten. Der außerordentlich flüssige Geldmarkt hat es ermöglicht, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, daß wir mit Sicherheit damit rechnen können, auch über die Monate Januar bis März ohne ernstliche Kassen-schwierigkeiten hinwegzukommen.

Ueber den Stand der Schulden des Reiches erklärte der Minister, die Schulden betragen am 31. März 1932 12,152 Milliarden und am 31. Dezember 1932 12,246 Milliarden RM. Die Lage des letzten Betriebsjahres wird allerdings dazu führen, daß wir in diesen drei Monaten eine weitere Zunahme der schwebenden Schulden erleben werden.

Der Minister gibt dann eine Uebersicht über die vom Reich übernommenen Bürgschaften. Ihre Summe betrug am 1. April

1932 2016 Millionen, am 1. Oktober 2146 Millionen einschließlich 150 Millionen für Wechselkredite zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung beim Straßenbau und bei der Wasserwirtschaft. Auf die Landwirtschaft entfallen davon 270 Millionen, und zwar 71 Millionen auf Düngemittelkredite und 117 Millionen auf die landwirtschaftliche Umschuldung auf Grund des Hilfsgeleges. Beim Düngemittelgeschäft erwartet man jetzt des ursprünglich angenommenen Ausfalles von 15 Millionen nur noch einen solchen von 5-6 Millionen. Auf Handel und Gewerbe entfallen Bürgschaften in Höhe von 637 Millionen. Auf Schifffahrt und Verkehr 96 Millionen auf Reedereien 47 Millionen, Wohnungs- und Siedlungswesen 155 Millionen RM. Die Bürgschaften für die Banken betragen 750 Millionen RM. Aus früheren Jahren besteht noch eine große Zahl von Garantieermächtigungen; sofern wir davon nicht in absehbarer Zeit Gebrauch machen müssen, wollen wir sie für erledigt erklären. Klein für die Landwirtschaft sind noch 467 Millionen Garantieermächtigungen offen, von denen 390 Millionen für erledigt erklärt und nur 87 Millionen offengehalten werden sollen, die bei der Umschuldung im Osten benötigt werden. Beim Wohnungs- und Siedlungswesen bestehen noch Garantieermächtigungen von mehr als 1100 Millionen, von denen ebenfalls ein erheblicher Teil für erledigt erklärt werden soll. Eine erhebliche Rolle für die Belastung der künftigen Jahre spielen die Schanzanweisungen für Stützungswecke, deren Gesamtsumme 1207 Millionen beträgt, 892 Millionen entfallen davon auf frühere Regierungen, 315 Millionen auf das Kabinett Papen.

Jedenfalls wird man für die Jahre 1933 bis 1937 aus den für Stützungswecke gegebenen Schanzanweisungen mit einer jährlichen Belastung zwischen 125 und 200 Millionen rechnen müssen. Hinzu kommt die Belastung aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung Paper in Höhe von 340 Millionen. Diese Belastung beträgt für die Jahre 1933 bis 1935 im Jahresdurchschnitt etwa 115 Millionen RM. Endlich haben wir die Belastung aus den Steuergutschriften. Wenn diese in der vorliegenden Höhe von 2,2 Milliarden begeben werden, würde das in den nächsten fünf Jahren einschließlich der Zinsen eine jährliche Belastung von rund 500 Millionen RM. ergeben. Für die Jahre 1934 und 1935 würde die Belastung also besonders schwer, nämlich 740 Millionen jährlich. Von 1936 ab würde die Belastung dann etwas abnehmen. Diese Summe verliert etwas ihre Schrecken, wenn man mit ihr vergleicht, daß wir im Augenblick im Etat noch immer 900 Millionen RM. allein für Arbeitslosen- und Wohlfahrtskassen der Gemeinden aufzubringen haben. Sie verliert auch dann an Gewicht, wenn wir bedenken, daß wir in den Jahren 1929 bis 1932 insgesamt bei Reich, Ländern und Gemeinden ein Wenigeraufkommen an Steuern von 6 Milliarden hatten. Nur zum Teil wurde dieses Wenigeraufkommen aufgehoben durch eine umfangreiche Liste von Steuererhöhungen bzw. neu eingeführten Steuern. Der Minister sprach in diesem Zusammenhang von einer „unerhörten Liste“, die noch dazu nur ganze 2,5 Milliarden des Wenigeraufkommens habe eintreiben können, so daß also in den Jahren 1929 bis 1932 trotzdem ein Minderaufkommen von 3,5 Milliarden verblieben sei. Wenn man angesichts dieser Summe annehmen könne, daß bei einer auch nur geringen Besserung der Wirtschaft ein gewisser Prozentsatz dieses Steuerausfalles wieder für die öffentliche Hand, für Reich, Länder und Gemeinden aufkommen werde, dann liege darin wohl kein trübseliger Optimismus.

Bei einer Betrachtung des Jahres 1933 erklärte der Minister, der Reichetat für 1933 hänge vollständig davon ab, wie sich die beiden großen und entscheidenden Posten entwickeln würden, die beide von der Wirtschaftsentwicklung abhängig seien, nämlich die Einnahmen aus den Steuern und die Ausgaben für die Arbeitslosenbetreuung. In einer Situation wie der jetzigen halte ich es für absolut notwendig, daß wir mit der Ausstellung und Vorlage des Etats für 1933 gerade hinsichtlich der beiden entscheidenden Posten so nahe wie möglich an den Beginn des Etatsjahres heranrücken.

Finanzpolitisch lehre er die gesamten Etats des Reiches, der Länder und Gemeinden als eine Einheit an. Es wäre ein unverzeihlicher Fehler, so betonte der Minister, wenn man nur versuchen wollte, den Etat des Reiches in Ordnung zu bringen und wenn man dabei die Etats der Länder und Gemeinden einem unentrinnbaren Schicksal überließe. Die endgültige Sanierung der Etats der öffentlichen Hand wird jedoch entscheidend davon abhängen, wie weit es gelingt, zur Besserung der wirtschaftlichen Lage und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu kommen.

Nach Erörterung kleinerer Vorlagen verlagte sich der Ausschuss dann auf Mittwoch vormittag. Am Mittwoch soll in die Finanzpolitische Aussprache eingetreten werden. Der Ausschuss beschloß, auch den Reichswirtschaftsminister noch zu vernehmen, im Laufe dieser Aussprache Erklärungen über die Wirtschaftslage abzugeben und mit Ausführungen des Reichsarbeitsministers R zu rechnen.

### Gerete verteidigt seinen Plan

Berlin, 10. Jan. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages hat sich in einer Reihe von Sitzungen mit zahlreichen



Vorschläge über Arbeitsbeschaffung zu beschäftigen. Zunächst gab Reichskommissar Dr. Gerete einen Überblick über die Maßnahmen, die im Rahmen seines Sofortprogrammes durchgeführt werden sollen. Die Finanzierung der dafür vorgesehenen 500 Millionen sei gesichert. Zunächst sollten diejenigen Arbeiten durchgeführt werden, die unbedingt notwendig seien, aber aus Mangel an Mitteln bisher nicht hätten durchgeführt werden können. Mit aller Bestimmtheit wandte sich der Reichskommissar gegen die Forderung, von einem öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm überhaupt abzusehen, das einen Schlag gegen die Privatwirtschaft bedeutete. Eine solche Auffassung werde den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht. Im Gegenteil würden die Mittel, die im Rahmen eines öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogrammes ausgeschüttet würden, der Privatwirtschaft zugute kommen. Die Durchführungsbestimmungen läßen ausdrücklich vor, daß die Arbeit der öffentlichen Hand nur in Ausnahmefällen in Regiebetrieben ausgeführt und im übrigen an Privatunternehmungen vergeben werden sollten. An eine ausschließliche oder vorzugsweise Vergabe der Mittel an Bezirke mit besonders harter Arbeitslosigkeit sei nicht gedacht, weil sich ja alle größeren Arbeiten nicht rein örtlich auswirken. Ob die Einstellungsprämien anstrengt erhalten werden könnten, wenn der Arbeitsmarkt durch öffentliche Aufträge entlastet werde, Rebe noch dahin.

**Die Aussprache im Sozialpolitischen Ausschuß**

Im Verlaufe der Aussprache erwiderte Dr. Gerete, die Durchführungsbestimmungen enthielten alle denkbaren Sicherungen gegen Scheitlungen. Der bereits in einer Zeitung vorgeschlagene Plan eines Sommerkurses für den Reichspräsidenten würde allerdings eine solche Bekleidung darstellen. Die Wichtigkeit der nebenberuflichen Stellung sei nicht zu bestreiten. Sie könne aber nur in einem weiteren Rahmen und nicht im vorliegenden engeren Programm herbeiführen werden. Das Kabinett habe in einem Sonderauschuß gebildet, um die Siedlung zu beschleunigen. Aus Realisationsgründen sei eine Einstellungsprämie nicht notwendig, wenn ein Unternehmer öffentliche Aufträge erhalte.

Brauns (3.) sprach sich für die sogenannte nebenberufliche Siedlung aus. — Abg. Dr. Schmidt (Dn.) warnte vor einer Wiederaufhebung der Einstellungsprämie, weil sonst jedes Vertrauen der Wirtschaft und des Volkes zu Regierungsmassnahmen völlig erschüttert werde. — Abg. Kappel (K.) verlangt ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, bei dem die Interessen des wirtschaftlichen Volkes im Vordergrund ständen. — Abg. Graßmann (S.) verlangte die unbedingte Aufhebung der Einstellungsprämie. — Abg. Kappel (K.) beantragt die nichtverwerflichen Stellenvermittlungen als gleichberechtigt neben den Arbeitsämtern zu anerkennen. — Abg. Dreher (NS.) kritisiert die Einstellungsprämie als etwas „unerhöht einseitiges“. Der Gedanke des Gerete-Programms liege darin, daß es unrentable Arbeiten wiederum solle, z. B. Straßen, Brücken usw. Solche gemeinnützigen Arbeiten, die nichts einbrächten, müßten im Arbeitsdienst ausgeführt werden.

**Schweres Eisenbahnunglück bei Bukarest**

Schnellzug und Personenzug in voller Fahrt zusammengestoßen

Bukarest, 10. Jan. Ein schweres Zugzusammenstoß ereignete sich unweit des Bukarester Nordbahnhofes, auf der Strecke nach Craiova. Dort stießen am Dienstag früh gegen 8 Uhr ein Schnellzug und ein Personenzug in voller Fahrt zusammen. Die Wagen des Personenzuges wurden aus den Schienen geworfen, fünf Wagen sind vollständig zerstört.

Von Bukarest sind sofort Hilfszüge an die Unglücksstelle abgegangen. In Automobilen und Autobussen versuchen die Angehörigen der Führer des verunglückten Personenzuges, möglichst rasch zur Stelle zu sein. Die Rettungsarbeiten sind sehr gehemmt, weil harter Schneeeis, der bereits seit zwei Tagen anhält, den Zugang zur Unglücksstelle erschwert.

**Nacht Tote und zwölf Schwerverletzte**

Bei dem Eisenbahnunglück in der Nähe des Nordbahnhofes sind acht Personen getötet worden. Zwölf Passagiere wurden schwer und zahlreiche leichter verletzt. Nach den bisherigen Feststellungen ist der Schnellzug angeblich infolge falscher Weichenstellung und weil die Sicht durch harten Schneeeis und Nebel behindert war, von hinten in den Personenzug hineingefahren.

**Der Arbeitsmarkt**

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Berlin, 10. Jan. Nach dem Bericht der Reichsstatistik der Arbeitslosenversicherung liegt die Arbeitslosigkeit in der zweiten Dezemberhälfte langsamer als in den Vorjahren. Am Jahresende zählte man 5 773 000 Arbeitslose, was eine Zunahme von 109 000 bedeutet gegenüber Mitte Dezember. In der Arbeitslosenversicherung standen 94 000 Hauptunterstützungsempfänger mehr, insgesamt 792 000 Personen, in der Krisenfürsorge insgesamt 1 281 000 Personen. Als Wohlhabenderwerbende wurden 2 375 000 Personen gezählt. Im freiwilligen Arbeitsdienst standen nach 242 000 junge Deutsche, 43 000 weniger als Mitte Dezember. Mit Reichsarbeitsstellen waren nach 70 000 Personen beschäftigt.

**Arbeitsmarkt in Baden und Württemberg**

Stuttgart, 10. Jan. Nach dem Bericht über die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwürttemberg in der Zeit vom 16. bis 31. Dezember, war die Zunahme der Arbeitsmarktblatung in diesem Jahr ganz erheblich geringer als in früheren Jahren. Ende Dezember waren bei den Arbeitsämtern um 12 942 arbeitsuchende Personen mehr gemeldet als 14 Tage vorher in der Mitte des Monats. Im Jahre 1931 hatte die Zunahme in der zweiten Dezemberhälfte 23 625

Arbeitsuchende betragen. Die Zahl der Arbeitslosen war zu Neujahr 1933 um 9578 Personen niedriger als Neujahr 1932. Niedrigere Arbeitslosenzahlen hat vor allem das Berggewerbe, die Industrie der Steine und Erden und die Tabakindustrie und auch in der Textilindustrie liegt die Zahl unter dem Stande des Vorjahres.

Der Gesamtbestand an Arbeitsuchenden betrug am 31. Dezember 213 538 Personen; davon entfielen 132 590 auf Württemberg und Hohenzollern und 80 948 auf Baden. Von den Arbeitsuchenden waren 291 403 als arbeitslos anzusehen und zwar 119 059 in Württemberg und 172 349 in Baden. In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung standen 46 503 Personen, in der Krisenfürsorge 71 879 Personen. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 13 136 oder um 10,5 v. H. nämlich von 105 246 Personen auf 118 382 Personen (97 162 Männer, 21 220 Frauen) gestiegen; davon kamen auf Württemberg 53 563 gegen 47 049, auf Baden 64 828 gegen 58 197 am 15. Dezember 1932.

**Deutsche Militärattaches bei Botschaften**

Berlin, 10. Jan. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist beabsichtigt, zum 1. April d. J. deutsche Militär- und Marineattaches an eine Reihe von deutschen Botschaften und Gesandtschaften zu entsenden. Militära ttaches werden den Botschaften in Paris, London, Rom, Moskau und Washington und den Gesandtschaften in Prag und Warschau zugewiesen werden. Marineattaches werden entsandt an die Botschaften in Paris, London und Rom. Einzelne Attaches werden zugleich auch bei anderen Staaten akkreditiert werden. Ueber die in Frage kommenden Persönlichkeiten ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen.

**Die Berufung deutscher Militärattaches**

Berlin, 10. Jan. Mit der Berufung von Militärattaches führt die Reichsregierung wieder eine Entscheidung ein, die seit dem Kriegsende nicht mehr bestanden hat. Das Verfall der Diktat verbot zwar die Entsendung deutscher Militärmissionen zum Studium fremder Heere, gestattete aber die Rückkehr der Unterhaltung von Militär- bzw. Marineattaches bei den deutschen Auslandsvertretungen. Für die Rücksendung solcher Attaches waren lediglich politische Ermäßigungen maßgebend. Nachdem eine ganze Reihe anderer Staaten ihren Berliner Vertretungen Militärattaches beigegeben hatten, ist wiederholt von ausländischer Seite an Deutschland mit der Aufforderung herangetreten worden, ebenfalls Militärattaches zu ernennen. Diesen Anregungen ist jetzt durch die angekündigten Ernennungen von Militär- und Marineattaches Rechnung getragen worden.

**Die Aufräumungsarbeiten auf der „Atlantique“**

In Eberburg wurden die Aufräumungsarbeiten an Bord der „Atlantique“ fortgesetzt. Der Kapitän erklärte, daß die Arbeiten nicht selten hätten, und daß das Schiff dabei noch einen Wert von über 10 Millionen Mark darstelle. Die „Atlantique“ wird ins Trockendock gebracht werden. Ob es möglich ist, sie wieder inhandeln zu lassen, steht noch nicht fest. Der Abordnete Petrus erklärte, daß er in seiner Auffassung durch den Verlauf des Schiffes nur noch bekräftigt worden sei. Es habe einwandfrei fest, daß das Feuer an mindestens zwei verschiedenen Stellen gleichzeitig zum Ausbruch gekommen sei. Die Annahme, daß das Feuer durch Kurzschluss entstanden sei, sei schon deshalb nicht aufrechtzuerhalten, weil die beiden Punkte, an denen das Feuer ausbrach, vollkommen von einander unabhängige Licht- und Kraftleitungen hätten. Das Feuer an Bord der „Atlantique“ ist nunmehr vollkommen gelöscht und die Feuerwehre hat mit dem Auspumpen des Schiffsraums begonnen. Nach den bisherigen Feststellungen des technischen Untersuchungsausschusses scheint die Unterwasserlinie überhaupt keinen Schaden genommen zu haben.

**Die „Atlantique“ wird abgewrackt**

Paris, 10. Jan. Der „Antantique“ berichtet, daß die vom Marineministerium eingesetzten Sachverständigen die Ursache des Brandes der „Atlantique“ nicht feststellen konnten. Daraus erklärt, in Eberburg rechnet man allgemein damit, daß die „Atlantique“ abgewrackt wird.

**Stalin über den Fünf-Jahresplan**

Aus Moskau, 10. Januar wird gemeldet:

In der Vollziehung des Hauptausschusses der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wird Stalin über die Ergebnisse des ersten Fünfjahresplans Bericht erstatten. Entsprechend der bisherigen Vorgehensweise wird der Bericht Stalins bereits vorher veröffentlicht, da man glaubt, daß er in der Öffentlichkeit mit größter Spannung erwartet wird.

Stalin wird sich zu Beginn seines Referats mit der internationalen Bedeutung des Fünfjahresplans befassen und ausländische Pressestimmen zum Beweis dafür zitieren, daß der Plan anfangs verunsichernd beurteilt worden sei, später aber große Beachtung gefunden habe. Die Hauptaufgabe des Fünfjahresplans: Einführung moderner Technik in Sowjetrußland. Selbständigkeit gegenüber dem Weltkapitalismus, Schaffung einer wirtschaftlichen Grundlage für den Ausbau der sozialistischen Gesellschaft, „Kollektiverismus“ der Landwirtschaft und äußerste Verteilungsmöglichkeit des Landes sei erreicht, das Programm der Industrialisierung z. B. zu 80,7 vom Hundert. Der Rest sei auf Schwermetallen bei dem Abschluß von Nichttariffs-Verträgen mit verschiedenen Ländern und auf Vermidlungen im Fernen Osten zurückzuführen, und zwar habe eine Anzahl Fabriken auf die Verteilung von Rüstungsbedarf umgestellt werden müssen. Die Erzeugung von Gebrauchsgütern ist den allgemeinen Bedarf sei zu gering gewesen; die bevorstehende Stellung der Schwerindustrie beruhe auf ihrer Schlüsselstellung und der Notwendigkeit Sowjetrußlands, gegen feindliche Angriffe gerüstet zu sein, da sonst seine Lage der Chinas gleichkommen würde. Die Frage, ob im zweiten Fünfjahresplan die steige Politik des letzten Jahres Tempo im Aufbau der sowjetrußischen Industrie möglich wäre, verneint Stalin. Bisher habe der Zuwachs der Erzeugung 22 Prozent betragen, in Zukunft würden es 13 bis 14 Prozent sein.

In der Landwirtschaft befinden sich zur Zeit 200 000 „Kollektivwirtschaften“ und rund 5000 Staatsgüter. Stalin gibt zu, daß die „Kollektivierung“ größtenteils noch unvollständig sind, sie würden aber in zwei bis drei Jahren vollendet werden. Einige tausend Kollektivisten und einige Dutzend Staatsgüter arbeiten zur Zeit bereits lohnend. Das bisherige Tempo der „Kollektivierung“ brauche man nicht fortzusetzen, vielmehr müsse man sich die Kol-

lektivwirtschaft festigen. Im Zusammenhang mit der Lage der Arbeiter und Bauern spricht Stalin über die Verteilung der Arbeitslosigkeit und über die „Verteilung der Verantwortung auf dem Lande“. Die Kollektivisten könnten auch Handel treiben jedoch tadelt Stalin die Kollektivisten gelegentlich auf Spekulationen verfallen. Stalin wendet sich gegen die Ansicht, daß der Sowjethandel ohne gesunde Selbstwirtschaft und ohne gesunde Währungsunmöglichkeit sei; und daß zunächst die angeblich wertlose Sowjetwährung geheilt werden müsse. Hinter dem Sowjetgeld, so erklärte Stalin, ständen Warenmengen in der Hand des Staates, die dieser zu festen Preisen ausarbe. Der Fünfjahresplan habe bewiesen, daß der Sozialismus in einem Lande möglich sei.

**Die Unruhen in Spanien**

Paris, 10. Jan. Nach einer Havasmeldung aus Madrid soll sich die Zahl der bei den Unruhen ums Leben gekommenen Personen auf mehr als 30, die der Verletzten auf 50 belaufen. Die Bewegung geht von dem anarchoistisch angelegten Syndikalismus aus, der der Feind eines jeden Staates sei und der seit Gründung der Republik gegen die sozialistischen Arbeiterverbände kämpfe, die nach seiner Ansicht die Zusammenarbeit mit dem Staat vertreten. Die Bewegung selbst habe sich nur auf die Städte Barcelona, Valencia und Madrid beschränkt, und zwar sei sie in Madrid selbst am wenigsten hart zum Ausdruck gekommen.

Nach einer Meldung aus Valencia wurden drei Polizisten getötet, als sie in die Ortschaft Bugarra eindringen, wo die Aufständischen das Rathaus besetzt hatten. In Grao sei ebenfalls ein Polizist getötet worden.

In Sevilla wurden am Mittwoch mehrere Brände angelegt. In einer Tuchfabrik explodierte eine Bombe, richtete aber, abgesehen von zerbrochenen Türen und Fensterscheiben, nur geringen Schaden an. In einem anderen Teil der Stadt stekten Terroristen mit Hilfe von Benzin einen großen Kaufmann in Brand, und verletzten einen Wächter durch Revolvergeschüsse. Alle Bomben werden streng bewacht. Am Mittwoch traten die Bänder in Sevilla in den Streik, doch werden Schritte unternommen, um die Bevölkerung mit Brot zu versorgen. Für Dienstag soll ein Generalstreik geplant sein.

**Generalstreik in Sevilla**

Madrid, 10. Jan. Aus Sevilla wird gemeldet, daß die Gewerkschaften Dienstag früh den Generalstreik erklärten. Es kam zu verschiedenen Zwischenfällen; auch Schieberien gab es, bei denen sechs Personen verletzt wurden. Die Polizei hat viele Verhaftungen vorgenommen.

**Neues vom Sage**

Eindernung des Auswärtigen Ausschusses für den 20. Januar

Berlin, 10. Jan. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist von seinem Vorsitzenden Abg. Dr. F r i d (NS.) jetzt für Freitag, den 20. Januar vormittags 11 Uhr, einberufen worden. Die umfangreiche Tagesordnung sieht neben der Behandlung einer Beschwerde der kommunistischen Ausschußmitglieder wegen angeblicher Verletzung der Immunität des kommunistischen Ausschußmitgliedes Scheer-Hannover die Fortsetzung der Aussprache über Tribute, Auslandsschulden und Abrüstungskonferenz vor. Außerdem sollen behandelt werden die Ostfrage, der Schutz der deutschen Minderheiten im Auslande und die handelspolitische Lage Deutschlands.

Reichspräsident v. Hindenburg besucht die Ostpreußen-Ausstellung

Berlin, 10. Jan. Reichspräsident von Hindenburg stattete am Dienstag der vom Reichsverband der heimatreuen Ost- und Westpreußen veranstalteten Ausstellung „Ostpreußen“, was es selbst, was es leistet“, einen Besuch ab. Oberregierungsrat Hoffmann und die anderen Herren vom Vorstand des Reichsverbandes, sowie der Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen, Dr. Blum, begrüßten den Herrn Reichspräsidenten und übernahmen die Führung durch die Ausstellung.

**Neues Explosionsunglück in Bremen**

Berlin, 10. Jan. Die ZG Farben teilt mit: In der Rumpfabrik Bremen bei Rathenow ereignete sich Dienstag ein Betriebsunfall, bei dem ein Schwererlehter und zwei Leichtverletzte zu beklagen sind. Der Unfall entstand durch ein Versehen des Betriebspersonals bei der Bumpstation für Schwefelkohlenstoff. Tzgend ein Zusammenstoß mit der Explosion im Dezember 1932 besteht nicht.

**Finntische Seefestung in die Luft geflogen**

Helsingfors, 10. Jan. Die Seefestung Mar Elliot ist, wie die „B 3“ meldet, in die Luft geflogen. In der Festung war ein Großfeuer ausgebrochen, das die Munitionslager ergriff. Diese explodierten. Die Annäherung der Löh- und Rettungschiffe an den Unglücksort wird durch einen schweren Schneesturm behindert. Die Festung liegt auf einer Insel, etwa 30 Kilometer von Helsingfors entfernt. Wie das Blatt weiter meldet, steht man vom Festland aus beständig ungeheure Feuergeraden zum Himmel schießen und man hört das Dröhnen schwerer Explosionen. Sieben Kajernen und große Teile der Festungsbauten sollen zerstört sein. Man befürchtet schwere Verluste an Menschenleben.

**Die Japaner auf der chinesischen Seite der Großen Mauer**

Tschi, 10. Jan. Wie aus Tschingtau gemeldet wird, hat eine japanische Kavallerieabteilung das Städtchen Tschingtau, das in der Nähe von Schanhaiwan auf der chinesischen Seite der Großen Mauer liegt ohne Schwertstreich besetzt. Die Besetzung dieses Ortes, der einen Engpaß beherrscht, wird von japanischer Seite mit der Notwendigkeit begründet, das weitere Eindringen von Truppen Tschingtau in die Provinz Jehol zu verhindern.

**Ein französischer Dampfer auf dem Rhein beschossen**

Koblentz, 10. Jan. Auf dem französischen Schleißdampfer „Condor“ aus Straßburg wurde heute bei Kamp von den Hünen der Berge auf der linken Rheinseite Schuß geschossen. In wenigen Minuten wurden etwa 20 Schüsse auf den Dampfer abgefeuert. Der Dampfer gab Rückantwort. Befürchtlich befindet sich das Personal der französischen Schiffahrt seit Tagen wegen Landminen im Streik. Es liegt daher der Verdacht nahe, daß es sich um einen Raubakt gegen Streikbrecher handelt. Die polizeilichen Ermittlungen wurden sofort aufgenommen.



# Aus Stadt und Land

Montag, den 11. Januar 1933.

## Arbeitsmarktlage im Arbeitsamtsbezirk Nagold im Dez. 1932

Am 31. Dez. 1932 wurden im Arbeitsamtsbezirk Nagold 2560 männliche und 370 weibliche, zusammen 2930 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Bei dem Vergleich mit dem Stand am 1. Dezember (1888 Unterstützungsempfänger, worunter 1584 männlich und 304 weiblich) ergibt sich ein Zugang im Monat Dezember von zusammen 1052 unterstützten Personen (986 männlich und 66 weiblich). Von den am 31. Dezember gezählten Unterstützungsempfängern erhalten 1647 Arbeitslosenunterstützung (1336 männlich und 311 weiblich) und 1378 Arbeitslosenunterstützung (1215 männlich und 163 weiblich). Auf das Hauptamt und die einzelnen Nebenstellen verteilt, ergibt sich folgendes Bild:

	Au		Ku		zus.	
	m.	weibl.	m.	weibl.	m.	weibl.
Nagold	332	46	237	36	569	82
Calw	127	38	176	23	303	61
Freudenstadt	603	96	516	36	1119	132
Herrenberg	178	27	200	49	378	76
Horb	95	5	96	14	191	19
	1336	212	1215	168	2550	370

Diese Ziffern der von der Reichsanhalt unterstützten Personen sind zu ergänzen durch die Ziffern der bei dem Arbeitsamt überhaupt als arbeitsuchend gemeldeten Personen. Am 31. Dezember 1932 wurden im Arbeitsamtsbezirk Nagold 5678 Personen gemeldet, darunter 4900 männlich und 778 weiblich. Die Zunahme im Dezember ergibt sich aus der Meldung am 30. November, dort betrug die Zahl 4683, darunter 3915 männlich und 768 weiblich. Auf das Hauptamt und die einzelnen Nebenstellen verteilt ergibt sich hier folgendes Bild:

	am 1. 12. 1932			am 31. 12. 1932		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
Nagold	954	200	1214	1273	277	1550
Calw	434	85	519	654	120	774
Freudenstadt	1468	227	1695	1741	224	1965
Herrenberg	774	153	927	813	121	934
Horb	285	43	328	419	36	455
	3915	768	4683	4900	778	5678

In der zweiten Dezemberhälfte haben sich die Entlassungen von Arbeitskräften in fast allen Berufsgruppen in verstärktem Maße fortgesetzt. Selbst in den von den Weihnachtsgeschäften beeinflussten oder begünstigten Berufsgruppen, vor allem im Bekleidungs- sowie im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, war eine nennenswerte Belebung über die Weihnachtstage nicht festzustellen. Im Baugewerbe war die Verschlechterung der Gesamtlage saisonmäßig bedingt. Der stärkste Zugang entfiel auf die Holz- und zwar vor allem auf die Möbelfabrikation. Hier waren am 31. Dezember allein 864 arbeitslose Personen gemeldet, von denen der größte Teil (etwa zwei Drittel) in Unterstützung steht.

## Dornstetten, 10. Januar. (Hauptversammlung des Landw. Bezirksamts Freudenstadt.)

Der Landw. Bezirksamtsrat hielt heute von 11 Uhr ab seine jährliche Hauptversammlung in der Bahnhofsstraße hier ab, in welcher der landwirtschaftliche Zusammenschluß der Milchzeuger den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete, und zeigte der außerordentlich starke Besuch, daß dieser Frage seitens der Landwirte allgemein reges Interesse entgegengebracht wird. Nachdem der Vorstand, Bürgermeister Braun-Schopfloch, die Versammlung begrüßt und vor allem den Redner des Tages, Oberlandwirtschaftsrat Scherer, sowie die Vertreter des Oberamts, Landrat Knapp, Regierungsrat Dr. Jeller und Oberamtspfleger Holzappel, willkommen hatte, warf er einen Rückblick auf das vergangene Jahr, dessen reiche Ernte vor allem auch an Obst die Landwirte zum Dank gegen Gott mahne, wenn auch wegen der gesunkenen Preise sämtlicher landwirtschaftlicher Produkte eine Rentabilität der Landwirtschaft damit noch nicht erreicht werden konnte. Der Grund hierfür liege in der Überproduktion aller besonders auch der tierischen Erzeugnisse und suchen nun die Ausführungsbestimmungen des Wirtschaftsministeriums zum Milchgesetz wenigstens den Abfall der Milch- und Buttererzeugung in geordneten Bahnen zu lenken durch den Zusammenschluß der Milchzeuger. Er erteilte sodann Oberlandwirtschaftsrat Scherer das Wort, der sich in eingehendem, klarem Vortrag über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aussprach, wobei er auch das Verfahren bei der Bildung desselben anschaulich darlegte. Wenn die Bezeichnung „Zwangszusammenschluß“ auf die Landwirte vielfach abfälschend gewirkt habe, weil sie dadurch an die Zwangswirtschaft erinnert wurden, so sei diese Bezeichnung vollständig unbedeutend, im Gegenteil soll dadurch eine Organisation geschaffen werden, die ähnlich wie die Innungen des Gewerbes die Interessen ihrer Mitglieder wahren könne. Die Organe desselben seien nämlich aus den Reihen der Landwirte zu wählen, der Vorsitzende, der Verwaltungsrat, die der Milchlieferungsverammlung unterstellt seien. Da jeder Zusammenschluß mehrere Oberämter umfasse — der mittlere Württemberg, Schwarzwald, Freudenstadt, Oberndorf, einige Gemeinden von Horb, Kottweil und Sulz und noch verschiedene Gemeindebezirke des Regierungsbezirks Sigmaringen, seien in jeder Gemeinde Erzeugervereinigungen zu bilden, denen jeder Landwirt angehören müsse, in welchen er seine Wünsche vorbringen könne, die dann von den Vertretern der örtlichen Vereinigungen auf der Milchlieferungsverammlung zur Sprache gebracht werden sollen. Dem Verwaltungsrat stehen die weitestgehenden Befugnisse zur Regelung des Milchabfahrs und auch der Festsetzung der Milchpreise. Die bis jetzt geschaffenen Organisationen haben sämtlich zum Segen der Landwirtschaft gewirkt und es sei daher zu hoffen, daß auch der Zusammenschluß des mittleren Würt. Schwarzwalds sich günstig auswirken werde. An den Vortrag schloß sich eine äußerst lebhaft ausgeführte Aussprache an, wodurch wohl noch manche Unklarheit behoben und auch stiftlich manches Bedenken schwand, was sich darin zeigte, daß einige beim Oberamt Freudenstadt erhobene Einreden zurückgezogen wurden. Betreffs des Umfangs des Zusammenschlusses wurde beschlossen, beim Würt. Wirtschaftsministerium die Einbeziehung der badischen Gemeinden im unteren Kinzig- und Margtal zu beantragen. Veterinärarzt Dr. Honeler und Landrat Knapp forderten die Milchzeuger auf, sich bald schlußfertig zu machen, wenn sie in den Verwaltungsrat wählen wollen. Der Vorsitzende berichtete hierauf noch kurz über die Absicht bei der Umfassung und Bürgermeister Wöhrner gab über die Verwendung der Steuerguldscheine seitens der Landwirte praktische Ratschläge. Nach herzlichem Dank gegen Oberlandwirtschaftsrat Scherer, Bürgermeister Wöhrner und die Dispositionsredner schloß der Vorsitzende die vierstündigen Beratungen mit dem Wunsch, daß das neue Jahr sich für unsere Landwirtschaft wieder günstiger gestalten möge.

Freudenstadt, 10. Januar. (Neuschnee.) Der spärliche Schnee am Montag verlor völlig im Wasser des Regenwetters. Die milde Temperatur ging im Laufe der Nacht bis nahe an den Gefrierpunkt zurück und es trat neuer, etwas ausgiebigerer Schneefall ein, der aber noch er-

heblichen Zuwachs bekommen muß, wenn er für den Winterport in Betracht kommen soll. Das immer noch sehr hochstehende Barometer zeigt einen leichten Rückgang, das Thermometer verzeichnet heute früh 1 Grad über Null.

Martinsoos, 10. Januar. Wie immer, so war auch die diesjährige Weihnachtsfeier der NSDAP. ein voller Erfolg für die Partei. Der Saal war brachend voll, als Ortsgruppenleiter Bizer die zahlreich erschienenen Gäste begrüßte und in einleitenden Worten über Sinn und Bedeutung einer nationalsozialistischen Weihnachtsfeier sprach. Darauf folgte eine Aufführung „Braune Helden“, die von den Spielern mit großem Ernst und innigster Hingabe zur Darstellung gebracht wurde und auf die Zuschauer den tiefsten Eindruck machte. Besonders ergreifend war das lebende Bild: „Totenmaske“. Die Ueberleitung zum zweiten Teil des Abends bildeten einige alte Militärmärsche auf Schallplatten, deren Klänge manches alte Soldatenherz wieder höher schlagen ließen. Dann kam auch noch der Humor zu seinem Recht. Die Aufführung „Vor dem Untersuchungsrichter“ wurde mit Schöpfung gespielt und vom Publikum mit großem Beifall aufgenommen. Das dritte Stück „Der stumme Russtanz“ kam leider wegen einiger Unbehörden nicht so ganz zur vollen Wirkung. Trotzdem aber war der Abend für unsere Ort ein Erlebnis, wofür den Spielern herzlichster Dank gesagt sei.

Calw, 10. Januar. Das staatliche Reichsamt hat für ganz Deutschland eine Reichsforstbaumschätzung angeordnet. In Württemberg ist mit der Ausführung das staatliche Landesamt betraut worden. Das Ergebnis der Schätzung wird für wirtschaftspolitische Verhandlungen und bei der Zuweisung von Reichsmitteln zur Förderung des Obstbaus von großer Wichtigkeit sein. Es ist deshalb eine reifliche Bestandaufnahme notwendig. Die Schätzung der Bäume, nicht bloß Schätzung, soll unter Aufsicht der Oberamtsbaumwarte durch die Gemeindebaumwarte durchgeführt werden. Daraus soll eine vollständige Schätzung der Bäume gewährleistet werden. In einer in letzter Woche in Calw stattgefundenen Versammlung der Baumwartervereinigungen des Bezirks erstattete Oberamtsbaumwart Widmann einen Bericht über die von Landwirtschaftsrat Wintermann von der Landwirtschaftskammer und von Oberregierungsrat Dr. Trübinger vom staatlichen Landesamt bei einer Versammlung von Oberamtsbaumwarten in Horb gegebenen Erläuterungen zu der Vornahme der Schätzung. Die Baumwarte erklärten sich nach eingehender Besprechung bereit, die Schätzung, die am 15. März erledigt sein muß und viele Arbeit erfordert wird, durchzuführen.

Herrenalb, 10. Januar. (Hirsche im Kurort.) Am Samstagmittag zwischen 3 und 4 Uhr sah man vier Hirsche (drei Tiere und einen Jungstier) von den Sägemühlchen bei der Kullenmühle über die Schweizerwiesen heraufkommen, die Ettlingerstraße überqueren und beim Kaufhaus W. König gegen die inneren Ofenwände, den Rabenberg dem Walde zu eilen. Sie wurden jedoch durch zahlreiche herbeigeeilte „Jagdscheher“ aus dem Konzept gebracht und waren schnell verschwunden.

Horb, 11. Januar. Der etwa 22 Jahre alte F. Lindling, der zur Zeit am Neubau der Bildehinger Straße beschäftigt ist, stürzte während des Transportierens von Material mittels Rollwagen so unglücklich mit dem Kopf und dem Gesicht auf die Eisentritte, daß schwere Verletzungen am Munde und am Kiefer entstanden und ärztliche Hilfe nötig war. — Am letzten Samstag kam der 58 Jahre alte Gemeindefarrenhalter K. Rehpach in schwere Lebensgefahr. Der Mann hatte mit dem Farren im Freien zu tun gehabt, als das Tier in Unruhe geriet und während des Hin- und Herbretens den Farrenhalter mit aller Wucht an einen Gartensaum drückte. Obwohl von verschiedenen Seiten Hilfe herbeieilte, waren die Quetschungen und inneren Schmerzen des Mannes schon so heftig, daß auch da ärztliche Hilfeleistung erforderlich war.

Obingen, 10. Januar. (Neue Fensterheben-Einwürfe.) In den letzten Nächten wurden in hiesiger Stadt an verschiedenen Wohnhäusern wiederum Fensterheben eingeworfen. Nach dem Täter wird gefahndet. Es handelt sich wahrscheinlich um eine bestimmte Terrorgruppe, die seit Wochen systematisch mißliebige Bürger bedroht.

Stuttgart, 10. Nov. (Hungermärsche in Württemberg.) Wie die Süddeutsche Arbeiterzeitung berichtet, werden am 13. Januar zahlreiche Hungermärsche in Württemberg auf Veranlassung der Kommunisten stattfinden. Am 21. und 22. Januar soll dann in Stuttgart ein Landeskongreß der Erwerbslosen durchgeführt werden.

Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung nach Stuttgart? Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung in Berlin-Dahlem, dessen Forschungen gerade auf dem Gebiet der kristallinen Metalluntersuchung bahnbrechend waren, soll fortgesetzt werden. Es besteht, wie Prof. Dr. Ewald mitteilt, die Möglichkeit, dieses wichtige Forschungsinstitut nach Stuttgart zu bringen, damit eine bessere Zusammenarbeit mit den vier schon bestehenden Instituten für physikalische Chemie, Röntgenforschung und Materialprüfung möglich ist. Wenn Industrie, Staat und Stadt zusammenstehen, und einen Bruchteil des Jahresbedarfs des Instituts übernehmen, wird es den Bemühungen der maßgebenden Behörden gelingen, diesen Plan zu verwirklichen.

Für das Jugendnotwerk. Pfarrer Dr. Beder aus Würt. der rührige Leiter des freiwilligen Arbeitslagers auf der Georgshöhe, ist vom Präsidenten des Landesratsamtes Südwestdeutschland als pädagogischer Mitarbeiter für das Notwerk der deutschen Jugendhilfe und für den weiteren Ausbau der freiwilligen Arbeitsdienste nach Stuttgart betruhen worden. Pfarrer Beder dürfte sein Amt schon in aller nächster Zeit antreten; es bedarf dazu lediglich noch seiner Bestätigung durch den Reichsbevollmächtigten. Inzwischen wurde Pfarrer Beder durch den evangelischen Oberkirchenrat von seinem geistlichen Amt bis auf weiteres beurlaubt.

Cannstatt, 10. Jan. (Ein neuer Kommandeur.) Das Reiterregiment 18 erhält mit dem 1. Februar einen neuen Kommandeur in der Person des Oberstleutnants Beiel, bisher beim Stabe der 3. Kavallerie-Division, während der bisherige Regimentsführer Oberst Bernhard mit dem 1. Januar ausscheidet.

Zuffingen, 10. Januar. (Die ungarische Verdienstmedaille.) Vor einiger Zeit wurde in der Presse mitgeteilt, daß der ungarische Staat aus Dankbarkeit allen deutschen Kriegsteilnehmern auf Antrag die ungarische Verdienstmedaille zuerkennen lasse. Ein hiesiger Kriegsteilnehmer stellte nun solch einen Antrag und erhielt darauf von Berlin ein Schreiben und

eine Vorrechnung überfand, die weniger auf Dankbarkeit allen Bundesgenossen gegenüber als auf Geschäftsmacherei schließen läßt. In dem Antwortschreiben heißt es, daß irgend ein Ausweis direkt an den „ehrenamtlichen Vertrauensmann“ in Berlin mit Einschreibebrief bezüglich des Geldbetrags gesandt werden möge, da die ungarische Amtsstelle es ablehne, die Auszeichnung per Nachnahme zu versenden. Die gleichzeitig beiliegende Rechnung lautet: 1 Originalauszeichnung mit dreieckigem Band 3 Mark, 1 Auszeichnung für Offiziere 6 Mark, oder eine Auszeichnung für Beamte 12 Mark. Forta wird mit 60 Pfennig berechnet. All dem nach scheint, so schreibt der „Granzbote“, hier ein tüchtiger Kaufmann, der auf die Titel- und Ordenslucht vieler Leute spekuliert, sein Geschäft machen zu wollen.

Siglingen, OÄ. Redarjalm, 10. Jan. (Schwerverunglück.) Beim Holzmachen ist ein 15jähriger Junge schwer verunglückt. Ein in unmittelbarer Nähe stehender Mann hieb mit seiner Art ein Säumdien um wobei ihm infolge der Kälte die Art ausrutschte und dem Jungen an den Kopf slog. Schwer verletzt brachte man diesen ins Krankenhaus Redarjalm.

Dettingen, OÄ. Urach, 10. Jan. (Verdrückt.) Das 2½ Jahre alte Söhnchen des Mechanikers Georg Beck ließ sich in einem unbewachten Augenblick in einen Kessel mit kochendem Wasser und verbrühte sich dabei so schwer, daß trotz Ueberführung ins Uracher Krankenhaus das gefährdete Leben nicht mehr gerettet werden konnte, und der Tod das arme Kind von seinen qualvollen Schmerzen erlöste.

Gerabronn, 10. Jan. (Verkauf eines Hofguts.) Das fürstlich Hohenzollern-Dehringische Hofgut Kreuzfeld OÄ. Gerabronn wurde an Fabrikant Weber in Göppingen um 55.000 RM. verkauft. Die württ. Landesregierung hatte das Gut zur Siedlung bestimmt, das Wirtschaftsministerium hat jedoch die erforderliche Genehmigung verweigert.

Unterbalgheim, OÄ. Laupheim, 10. Jan. (Schadenfeuer.) Am Sonntag abend ist in dem großen Wohn- und Oekonomiegebäude von David Mann (Zimmermeister) aus bisher unbekannter Ursache ein schwerer Brand ausgebrochen, der so rasch um sich griff, daß innerhalb kurzer Zeit das große Anwesen bis auf die Umfassungsmauern niederbrannte. Zwei junge Schweine sowie die landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte sind ein Raub der Flammen geworden. Auch die Wohnungseinrichtung fiel dem Feuer vollständig zum Opfer. Die Bewohner konnten nur die auf dem Leib getragenen notwendigen Kleider retten.

Biberach, 10. Jan. (Berühmt.) Der langjährige, etwa 50 Jahre alte Kassier einer Gewerkschaft in Biberach ist seit Freitag abgängig. Unkimmigkeiten in der Kasse sollen ihn zu diesem Schritt veranlaßt haben. Vor etwa einem halben Jahr hat derselbe eine Summe von 500 RM. angeblich verloren.

Gerhausen, OÄ. Blaubeuren, 10. Jan. (Todessturz.) Die 78jährige Witwe Christine Mahler, die im landwirtschaftlichen Betrieb ihrer Schwiegereltern mithalf, ist beim Strohholen vom oberen Scheunendach einige Meter tief abgestürzt und erlitt einen Schlüsselbeinbruch, an dessen Folgen sie gestorben ist.

Ulm, 10. Jan. (Eine Zigeunergeschichte.) Aus dem Bericht der Ulmer Kriminalpolizei wird folgende Geschichte bekannt: Einen Landwirt im Bezirk Ulm suchte letztes Jahr eine alte Zigeunerin heim, die überall ihre Mittelchen anprobte. Die Zigeunerin sagte dem Landwirt viel des Schönen und Guten voraus, doch müsse er zuerst das Unglück bannen, und dann werde er das Große Los gewinnen und so reich wie Sanherib und so alt wie Methusalem werden. Aus den harmlosen Fühneriern war das Unglück zu lesen. Das konnte die Zigeunerin aber nicht umhün und gleich 500 bare RM. bekam sie von dem Bauern, als sie aus dem Ei einen Totenkopf herausfischte, den sie vorher hineingezaubert hatte. Die Zigeunerin ließ diesen Kunden nicht so schnell fahren und zauberte nach und nach allerlei schlimme Sachen aus den Fingern heraus. Der Bauer zahlte und zahlte, denn ihm winkte der Reichtum Henry Fords und das große Los. Seine ganze Barkasse von 6000 RM. ging darauf und das Gut fast in Schutt und Asche. Die Polizei konnte aber die alte Hexe nicht mehr finden.

## Württembergische Verwaltungsreform

Stuttgart, 10. Jan. Das Deutsche Volksblatt, das Organ des württembergischen Staatspräsidenten Dr. Holz hat mit Bezug auf die württembergische Landespolitik die Frage aufgeworfen, ob nicht ein nicht auf die Parteien angewiesenes Ministerium leichter in der Lage sein werde, gewisse unpopuläre Aufgaben, wie z. B. die Verwaltungsreform, anzupacken. Gegenüber einer mißverständlichen Auslegung in der „Frankfurter Zeitung“ stellt jetzt das Blatt des Sinn dieser Äußerung klar. Es meint bestimmt, daß die Bemerkung irgendwo als ein Plebyszen mit dem Diktaturgedanken aufzufassen sei. In Wahrheit lese das „Deutsche Volksblatt“ eine von einer Parteimehrheit getragene Regierung in Württemberg als wünschenswert an. Da aber einmal nur eine geschäftsführende Regierung in Württemberg bestehe und durch eine andere nicht ersetzt werden könne, so frage es sich, ob man nicht diese Aufgabe zur Durchführung von Maßnahmen benötigen solle, die mit den Parteien nur schwer oder überhaupt nicht getroffen werden können. Nach dieser Interpretation, die das Blatt seiner Äußerung gibt, ist so schreibt die „Frankfurter Zeitung“ dazu, also wohl anzunehmen, daß die württembergische Regierung oder mindestens die führende Regierungspartei des Landes, das Zentrum, die Durchführung solcher Maßnahmen erwägt.

## Aus Baden

Horzheim, 10. Januar. (Unfall mit Todesfolge.) Am Montag, gegen 22.30 Uhr, wurde in einem Hause der Rechtenbachstraße ein 38 Jahre alter Mann mit Brandwunden tot aufgefunden. Offenbar hatte er einen Anfall von Hitzekrampf erlitten und dabei den geheizten Ofen umgerissen. Die erlittenen Brandwunden sollen die Todesursache sein.

Gerabronn, 10. Januar. Im Margtal sind Bestrebungen im Gange, eine neue Verkehrsverbindungsstraße vom Rheintal durch das Margtal über Schönmünzach unmittelbar nach der Hornisgrünbe zu schaffen, die durch das hintere Langenbachtal führen soll. Es besteht bereits eine Fahrstraße vom Rummelsee über Seibels Ede durch das reizvolle Langenbachtal nach Zwaidgabel, doch ist die Straße für größere Wagen wegen Enge der Straße gesperrt. Es ist beabsichtigt, mit Kräften des freiwilligen Arbeitsdienstes streckenweise Verbreiterungen der Straße durchzuführen zu lassen, so daß dadurch eine für den allgemeinen Verkehr zugängliche Schwarzwaldstraße geschaffen würde.



**Muggenturm bei Kallat, 10. Januar.** Am Sonntag beschützte sich der 16jährige Sohn des Fabrikarbeiters Luz mit der Pistole seines Bruders, die dieser zum Neujahrstankwischen verwenden wollte, die aber damals verlegt hatte. Während der junge Mann mit der Waffe umging, trachte plötzlich ein Schuß, durch den sein fünfjähriges Schwesterchen so schwer getroffen wurde, daß das Kind wenige Stunden nach dem Unglücksfall starb.

**Todman, 10. Januar.** Am Sonntagabend kurzte auf der Feldbergstraße in der großen Notendachbiegung, oberhalb Fahls, ein mit vier Personen besetzter, offener Kraftwagen, der anscheinend auf der verkehrten Straße ins Rutschen kam, die Böschung hinunter. Der Führer des Wagens wurde dabei getötet. Sein Bruder erlitt Schürfwunden und Quetschungen, eine Dame eine leichte Brustquetschung, während der vierte Mitfahrende sich durch Abpringen in Sicherheit bringen konnte.

**Freiwitz, 10. Jan. (Eiserjudtsstragodie.)** Montag mittag lebte der 23 Jahre alte Fabrikarbeiter Otmir Malzodner von hier aus Eiserjudt die erst seit sechs Wochen hier angestellte 23 Jahre alte Kellnerin Maria Fischer von Weingarten, Oberamt Ravensburg, nieder und tötete sich dann durch einen Herzschuß selbst. Die Fischer erhielt einen Wirbelsäulenschuß und liegt in hoffnungslosem Zustand darnieder. Sie dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

**Kleine Nachrichten aus aller Welt**

**Feuerobrunst in einem thüringischen Dorf.** Der Ort Oranwinkel bei Ohrdruf in Thüringen wurde in der Nacht zum Montag von einer großen Feuerobrunst heimgesucht. Ein Wohnhaus und sechs Scheuern mit allen Vorräten wurden vollständig eingeeäschert. Es wird Brand'ung vermutet.

**Die Leiche des Schiffszurtes der „Niobe“ geborgen.** An der Küste von Süd-Saaland war eine Leiche angetrieben worden, in der man einen Toten der „Niobe“ erkannt hat. Das Artillerieboot „Drache“ hat die Leiche nach Kiel übergeführt, wo der Tote als der Schiffszurte der „Niobe“, Marinesoberstabsarzt Dr. Sander erkannt wurde.

**Raubmord in Leipzig.** Am Montag wurde in Leipzig die 78 Jahre alte Witwe des Lehrers Faulstich in ihrem Bett ermordet aufgefunden. Der Gesamtbefund deutet darauf hin, daß Raubmord vorliegt.

**Weineidsanfrage gegen Brolat erhoben.** Der Untersuchungsrichter hat die Voruntersuchung gegen Direktor Brolat, den früheren Direktor der Berliner Verkehrsgesellschaft, geschlossen. Der Staatsanwalt hat Anklage wegen Weineids erhoben.

**Handel und Verkehr**

**Papierpreisrückgang.** Die Papierindustrie plant eine allgemeine Papierpreisrückgang. Sie begründet diese Maßnahme mit der Verteuerung der Zellstoffe und der Holzsperrre. Das Buchdruckgewerbe erhebt gegen diese Preisrückgang Protest, zumal die heutige Geschäftslage im Buchdruckgewerbe eine Erhöhung nicht rechtfertigen dürfte.

**Berliner Produktendörse vom 10. Jan.** Weizen märk. 186 bis 188, Roggen märk. 152-154, Brannterle 160-175, Futtes- und Industrieerle 158-164, Hafer märk. 113-118, Weizenmehl 23 bis 26,10, Roggenmehl 19,40-21,70, Weizenkleie 8,75-9, Roggenkleie 8,70-9, Viktoriaerbsen 20-24, kleine Sojabohnen 20 bis 22, Futtererbsen 12,50-14,50 RM. Wollmeine Tendenz: schwächer.

**Stuttarter Schlachtviehmarkt vom 10. Januar**  
Zutrieb: 34 Ochsen, 41 Küllen, 224 Jungbullen, 186 Rube 364 Rinder, 1163 Kälber, 2178 Schweine, 1 Stiege, Unverkaut: 3 Küllen, 24 Junobullen, 2 Rube, 40 Rinder, 50 Schweine.  
Ochsen: ausgem. 25-29 (26-29), vollfl. 22-24 (22-25), fl. 19-21 (20-21), ger. (16-18).  
Küllen: ausgem. 23-24 (22-23), vollfl. 21-22 (20-22), fl. 20-21.  
Rube: ausgem. 20-24 (unv.), vollfl. 14-18 (16-18), fl. 11-13 (11-14), ger. 8-10 (unv.).  
Rinder: ausgem. 28-31 (unv.), vollfl. 23-26 (23-25), fl. 20-22 (unv.).  
Kälber: feinste Mast- und beste Saugl. 31-34 (30-33), mittl. 26-29 (25-29), ger. 22-24 (unv.).  
Schweine: über 300 Pfd. 30-41, von 240-300 Pfd. 40 bis 42 (39-40), von 200-240 Pfd. 38-40 (38-39), von 160 bis 200 Pfd. 36-38 (35-37), von 120-160 und unter 120 Pfd. 35 bis 36 (33-35), Saugen 27-32 RM. Verkauf: Grochold rubia, Ueberstand; Kälber rubia; Schweine rubia, Ueberstand.

**Forstheimer Schlachtviehmarkt vom 10. Jan.** Zutrieb: 7 Ochsen, 11 Rube, 54 Rinder, 26 Barren, 35 Kälber, 4 Schafe, 392 Schweine. Preise: Ochsen 25-29, Barren 21-25, Rube 15-22, Kälber 25-32, Kälber 32-37, Schweine 38-40 RM. Marktverlauf: mäßig.

**Bretzburger Schlachtviehmarkt vom 9. Jan.** Zutrieb: 14 Ochsen, 15 Rube, 14 Barren, 10 Rube, 185 Kälber, 339 Schweine. Preise: Ochsen und Rinder 22-28, Barren 20-24, Rube 16-18, Kälber 24-34, Schweine 40-44 Schafe 22-26 RM. Marktverlauf: schleppender Geschäftsgang, Ueberstände bei allen Tierartikeln.

**Bretzburger Schlachtviehmarkt vom 9. Jan.** Zutrieb: 14 Ochsen, 15 Rube, 14 Barren, 10 Rube, 185 Kälber, 339 Schweine. Preise: Ochsen und Rinder 22-28, Barren 20-24, Rube 16-18, Kälber 24-34, Schweine 40-44 Schafe 22-26 RM. Marktverlauf: schleppender Geschäftsgang, Ueberstände bei allen Tierartikeln.

**Verantwortlich für die Schriftleitung: L. P a u l.**

**Letzte Nachrichten**

**Dr. Brandes bei Schleicher**

Berlin, 11. Januar. Wie die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ erfährt, ist der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats, Dr. Brandes, gestern vom Reichsfinanzminister empfangen worden. Die Korrespondenz rechnet mit der Durchführung der agrarpolitischen Maßnahmen, die im Zusammenhang mit den handelspolitischen Terminen und der Margarinefrage ständen. In den Beratungen der Grünen Front sei eine volle Uebereinstimmung der Ansichten der maßgeblichen landwirtschaftlichen Körperschaften auch zu der Butterbeimischungsfrage erzielt worden, bei der bisher gewisse taktische Meinungsverschiedenheiten bestanden hätten.

**Große Offener Kundgebung zum zehnten Jahrestag der französischen Besetzung**

Essen, 10. Januar. Am Vorabend des Tages, an dem vor zehn Jahren die französischen Truppen Essen und Umgebung besetzten, fand auf dem Burgplatz eine vom Stahlhelm einberufene nationale Kundgebung statt, an der sich eine nach vielen Tausenden zählende Menschenmenge beteiligte. Der Redner des Abends, Studentat Mahlfen, der Führer des Westmarkverbandes im Bund der Frontsoldaten, gab seinen Zuhörern ein lebendiges Bild jener schicksalsschweren Tage des Januar 1923, als sich die in ihren nationalen Gefühlen tief verletzte Ruhrbevölkerung entschlossen habe, waffenlos einem in Waffenstärkenden Gegner die Stirn zu bieten. Der scharfe Abwehrkampf des Ruhrvolkes habe der Rheinlandbefreiung und aller weiteren deutschen außenpolitischen Befreiungspolitik die Wege gebahnt.

**Donauverkehr durch Schneegestöber lahmgelegt**

Budapest, 10. Januar. In der nördlichen Moldau-Gegend wütet seit zwei Tagen ohne Unterbrechung ein außerordentlich heftiges Schneegestöber. Da die Lage immer gefährlicher wird, wurde heute Militär berufen, um bedrohten Städten Hilfe zu leisten. Auf der Donau ist der Verkehr vollkommen lahmgelegt.

**Gestorben**  
Javelstein: Joh. Georg Koller, Mehgermeister.  
Bad Liebenzell: Christiane Haisch geb. Bed.

**Wetter für Donnerstag**  
Nach dem Durchgang eines Ausläufers der nördlichen Depression macht sich wieder Hochdruck geltend. Für Donnerstag ist immer noch unbeständiges Wetter zu erwarten.

**Möbelverkauf!**  
Selten günstige Gelegenheit für sofort und rasch entschlossene Käufer:  
1 eichen furniertes Schlafzimmer wenig gebraucht ganz neu und sehr schön hergerichtet:  
1 Schrank 140 cm für Kleider und Wäsche  
2 Betten 190 90 cm  
1 Waschkommode mit Spiegelaufsatz  
2 Nachtschränke zus. nur 220.— RM.  
1 Waschkommode eichen furniert mit Waschtischauflage nur 65.— RM.  
1 nußbaum polierter Kleiderschrank mit Maserfällungen nur 60.— RM.  
**Fr. Kohler, Schreinermeister Altensteig**

**Viehverkauf.**  
Am Donnerstag von 9 Uhr ab habe ich einen großen Transport  
**schönes Jungvieh**  
in Altensteig im „Deutschen Kaiser“ zum Verkauf, wozu Liebhaber einladen:  
**Max Lemberger, Rellingen.**



**MEYERS LEXIKON**  
  
**EIN GRIFF GENÜGT**  
12 BÄNDE VON A-Z VOLLSTÄNDIG und 3 Ergänzungsbände 1931-33  
Ausführlicher Prospekt durch jede Buchhandlung  
Zu beziehen durch die Buchhandlung Lauk in Altensteig und Nagold.

**Grünen Baum Lichtspiele**  
Samstag und Sonntag  
**Yorck**  
LUIS TRECKER  
**Berge im Schnee**  
AUS DEM INHALT:  
Schneegebiete / Lawinen / Langlauf-, Sprung- und Sommerskier / Die weißen Rekorde / Skisüßling / Skimeister A-B-C des weißen Sports / Husarenstücke im Schnee / Die Ausrüstung Die Gefahren / Stürze und Verletzungen Erschöpfung, Noisignal / Winke und Kniffe / Anekdoten aus den Bergen Der vollendete Skikavaller  
Ca. 300 Seiten Umfang, ca. 180 Bilder Ganzleinenband Format 19x26 cm Preis Mk. 4.80  
Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung Lauk**  
Altensteig und Nagold.

**Warnung!**  
Wir werden gegen jede Verbreitung der uns hien vorgehen und warnen hienmit ausdrücklich:  
die Geschwister  
Verta u. Emma Steininger

**Grömbach.**  
**Danksagung.**  
  
Wir danken allen recht herzlich, welche während der langen Krankheit und bei der Beerdigung unserer lieben Mutter, Groß- und Schwiegermutter, Schwester und Schwägerin  
**Salome Wengel**  
geb. Roh  
ihr so viel Liebe und Gutes getan und die letzten Ehre erwiesen haben.  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**

**Spielberg.**  
**Todes-Anzeige.**  
  
Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein herzenguter Mann, unser lieber Vater, Bruder, Schwager und Onkel  
**Friedrich Steeb**  
Postassistent i. R.  
uns ganz unerwartet durch den Tod entrissen wurde.  
Um stille Teilnahme bittet:  
die tieftrauernde Gattin Marie Steeb geb. Broß  
die Kinder Emma Häberle geb. Steeb mit Gatte | Feuerbach  
Pauline Sigg | b. Stuttgart  
geb. Steeb mit Gatte  
Beerdigung Donnerstag nachmittag 1/3 Uhr.

**Egenhausen.**  
**Danksagung.**  
  
Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme während der Krankheit und bei dem Hinscheiden unserer lieben Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante  
**Frida Hammer**  
sagen wir herzlichen Dank. Besonders danken wir für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer Rau, für den erhebenden Gesang des Liederkranzes, für den Nachruf der Altersgenossen und -genossinnen, für die vielen Blumen- und Kranzspenden, sowie für die zahlreiche Begleitung von hier und auswärts zur letzten Ruhestätte  
**Familie Georg Hammer zum „Adler“.**